

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Dienstag, 15.03.2022

Ort: Stadthalle Braunschweig - Vortragssaal, St. Leonhard 14, Zugang über "An der Stadthalle", 38102 Braunschweig,
Videokonferenz, Webex-Meeting

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:26 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Frau Kathrin Karola Viergutz - B90/GRÜNE

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Frank Täubert - CDU

Vertretung für: Herrn Thorsten Köster

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

Herr Stefan Wirtz - AfD

Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig

Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig

Vertretung für: Frau Ariane Stanko

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

Herr Oskar Schwarz - CDU

licher Teil)

3	Mitteilungen	
3.1	9. Kompaktbericht Stadtbahnausbau	22-17663
3.2	Sachstandsbericht Radschnellwege / Status Regionales Radverkehrsnetz	
3.3	Mobilitätsentwicklungsplan - Sachstandsbericht 2022	22-17865
3.4	Knotenpunkt Dibbesdorfer Straße - Bevenroder Straße	22-18146
3.5	Ideenportal - Peiner Straße in Völkenrode sicher überqueren	22-17951
3.6	Ideenportal - Stadtweit Drängelgitter passierbar machen oder beseitigen	22-18130
3.7	Ersatz für den Bahnübergang Grünwaldstraße	22-17879
3.7.1	Ersatz für den Bahnübergang Grünwaldstraße	22-17879-01
3.8	Mündliche Mitteilungen	
4	Planung einer Fuß- und Radwegunterführung als Ersatz für den Bahnübergang Grünwaldstraße	21-17455
4.1	Planung einer Fuß- und Radwegunterführung als Ersatz für den Bahnübergang Grünwaldstraße	21-17455-02
4.1.1	Planung einer Fuß- und Radwegunterführung als Ersatz für den Bahnübergang Grünwaldstraße	21-17455-03
4.1.2	Änderungsantrag zu 21-17455-03 Planung einer Fuß- und Radwegunterführung als Ersatz für den Bahnübergang Grünwaldstraße	22-18291
5	Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle "Eichhahnweg" in Fahrt Richtung stadteinwärts	20-14014
6	Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Schlehenhang	22-17876
7	Barrierefreier Umbau der Bushaltestellen Dammstraße	22-17878
8	Planung und Bau des Luftschifferwegs zwischen Nordstraße und Ringgleis	21-16756
9	Okerbrücke Hüttenwerke Schrotweg, Ausbau des Geh- und Radweges zwischen der Leipziger Straße und dem Schrotweg und Neubau der Brücke	22-17899
10	Ideenportal - Fahrrad- und Fußweg Wiesental	21-17456

11	Ideenplattform "E-Ladesäulen für das alte Hochschulviertel"	22-17852
12	Anfragen	
12.1	Abhilfe gegen Fremdparken auf Carsharing-Stellplätzen	22-18182
12.1.1	Abhilfe gegen Fremdparken auf Carsharing-Stellplätzen	22-18182-01
12.2	Sondernutzung für Gastronomiebetriebe in 2022	22-18131
12.2.1	Sondernutzung für Gastronomiebetriebe in 2022	22-18131-01
12.3	Aktive Promotion in der Innenstadt	22-17787
12.3.1	Aktive Promotion in der Innenstadt	22-17787-01
12.4	Carsharing-Plätze als Ersatz für auszuweisenden Parkraum	22-18183
12.4.1	Carsharing-Plätze als Ersatz für auszuweisenden Parkraum	22-18183-01
12.5	Radwege Zielnetz 2030	22-18184
12.5.1	Radwege Zielnetz 2030	22-18184-01
12.6	Unsachgemäßes Parken von E-Scootern im Stadtgebiet	22-18243
12.6.1	Unsachgemäßes Parken von E-Scootern im Stadtgebiet	22-18243-01
12.7	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschuss-Vorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie erinnert, daran, dass während der Sitzung im selben Gebäude Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine untergebracht sind. Sie ruft das Glück und das Privileg ins Bewusstsein, in der Lage zum Handeln sein zu können, um diesen Menschen zu helfen.

Ausschuss-Vorsitzende Ratsfrau Kluth informiert, dass Ratsherr Köster in der heutigen Sitzung durch Ratsherr Täubert vertreten wird. Ratsherr Möller und Bürgermitglied Dr. Wendenburg fehlen entschuldigt. Sie begrüßt darüber hinaus Herrn Reincke, Geschäftsführer der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (zu TOP 3.1) sowie Frau Witte, Herrn Bier und Herrn Haßelmann vom Regionalverband Großraum Braunschweig (zu TOP 3.2).

Sie teilt weiter mit, dass den Ausschussmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch

folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

zu TOP 3.1: 9. Kompaktbericht Stadtbahnausbau
zu TOP 3.5: Ideenportal - Peiner Straße in Völkenrode sicher überqueren
zu TOP 17.4: Auftragsvergabe für den Sicherheitsdienst des Wohnstandorts zur Unterbringung von Geflüchteten im Pippelweg für den Fachbereich Soziales und Gesundheit
zu TOP 17.5: Auftragsvergabe über die Rohbau- Entwässerungs- und Abdichtungsarbeiten an der GHS Rüningen für das Referat 0650 Hochbau
zu TOP 17.6 Auftragsvergabe über die Rohbau- und Entwässerungsarbeiten des Neubaus Kita Kornblumenstraße für das Referat 0650 Hochbau
zu TOP 17.7 Auftragsvergabe über Straßenbauarbeiten für den Ausbau Mitgaustraße, nördliches Ringgebiet für den Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr
zu TOP 17.8 Auftragsvergabe über den Rahmenvertrag Daten- und Fernmeldenetz für den Fachbereich Zentrale Dienste
zu TOP 17.9 Auftragsvergabe für die Stadtteilpflege 2022 für den Fachbereich Stadtgrün und Sport
zu TOP 17.10 Auftragsvergabe über die Sanierung und Radwegverbreiterung der Hamburger Straße für den Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Dringlichkeitsanträge oder Dringlichkeitsanfragen liegen zur Sitzung nicht vor.

Ausschuss-Vorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.01.2022 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. Mitteilungen

3.1. 9. Kompaktbericht Stadtbahnausbau

22-17663

Protokollnotiz: Ratsherr Täubert nimmt ab 15:06 Uhr die Sitzung teil.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth begrüßt zu diesem TOP Herrn Reincke, Geschäftsführer der Braunschweiger Verkehrs-GmbH.

Herr Reincke stellt den 9. Kompaktbericht Stadtbahnausbau vor.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn zum Teilprojekt 2 - Lindenberg/Rautheim erklärt Herr Reincke, dass die Anliegergespräche im Jahr 2022 geführt werden sollen. Die zeitintensivere Bürgerbeteiligung soll in dem bekannten Format im Jahr 2023 erfolgen.

Ratsherr Dr. Plinke zeigt sich enttäuscht vom Ergebnis des Kompaktberichts. Bei dem dargelegten Projektfortschritt ist für ihn fraglich, ob der Zielhorizont 2030 aufrechterhalten werden kann.

An die Verwaltung richtet er folgende Fragen:

Zum Personal – Drei Stellen aus der Reserve vorzusehen ist zwar schon ein Fortschritt, aber die Besetzung dürfte schwierig werden – ist eine Personalgewinnung auch über Jobportale, gezielte Ansprache von Hochschulabsolventen, Personalberatungsfirmen denkbar? Warum

werden nicht gleich auch die beiden übrigen Stellen besetzt, sondern erst mit den Teilprojekten Innenstadt / Kanzlerfeld?

Zur Teilprojektplanung – War das Ergebnis der Machbarkeitsstudie „Kurze Campusbahn“ positiv, und bedeutet das, dass die Planung der Heidberg-Trasse in Angriff genommen werden kann? Wie wirkt sich voraussichtlich die neue Anleitung für das Verfahren der „standardisierten Bewertung“ auf die ersten Teilprojekte aus?

Zur allgemeinen Zielsetzung – Der Start des Stadtbahn-Projektes war in 2017. Wie wirkt sich das Wachstum von Baugebieten und die Verteilung von Arbeitsplätzen auf die Ergebnisse der standardisierten Bewertung aus?

Zur Projektbeschleunigung – Welche Möglichkeiten der Beschleunigung sieht die Verwaltung und was kann „die Politik“ dazu beitragen? Enthält der nächste Kompaktbericht einen realistischen Zeitplan mit Meilensteinen? Könnte man erwägen, externe Planungsbüros zu beauftragen oder eine städtische Projektgesellschaft zu gründen? Er wünscht sich von der Verwaltung zudem eine übersichtlichere Meilensteinplanung.

Stadtbaudirektor Leuer bestätigt, dass zur Beschleunigung bereits drei Stellen aus der Stellenreserve ausgeschrieben wurden. Sowohl diese drei Stellen als auch die zwei für das Teilprojekt 4 sind im Stellenplan 2022 enthalten. Er hebt die Schwierigkeit hervor, Personal mit Erfahrung im Bereich Stadtbahnbau zu gewinnen. Sollte die Personalakquise nicht erfolgreich verlaufen, ist auch die Beauftragung einer Personalagentur eine Option.

Zur Teilprojektplanung „Kurze Campusbahn“ liegt noch kein Ergebnis vor. Eine möglichst zeitnahe Realisierung der Kombination „Kurze Campusbahn“ - Salzdahlumer Straße zur Generierung eines förderfähigen Projekts ist - auch zur Beschleunigung des Gesamtkonzeptes - beabsichtigt. Zur „standardisierten Bewertung“ führt Stadtbaudirektor Leuer aus, dass sich die Verwaltung bis zur Einführung der neuen Regelung an der alten Regelung orientiert.

Die Realisierung der neuen Baugebiete birgt aus Sicht von Stadtbaudirektor Leuer verschiedene Herausforderungen. So stellen die Bewertungs- und Förderverfahren eine Erschwernis bei den Stadtbahnausbauverfahren dar. Es ist das Ziel der Verwaltung, einen Stadtbahnanschluss anbieten zu können, wenn ein Baugebiet vollläuft. Dies gilt für das weitere Gebiet Volkmarode aber auch bei anderen Projekten.

In den bearbeiteten Projekten sind mehrere Planungsbüros tätig. Alleine mit dem Personalstamm der BSVG und der Verwaltung erscheint eine eigenständige Planung nicht möglich, da der erhebliche Steuerungs- und Koordinierungsaufwand die verfügbaren Planungskapazitäten binden würde.

Hinsichtlich der angeregten Gründung einer städtischen Projektgesellschaft verweist Stadtbaudirektor Leuer auf die bereits funktionierenden enge Zusammenarbeit mit der BSVG. Die zweifellos bestehenden Gesellschaftsvorteile haben so bereits gehoben werden können.

Stadtbaudirektor Leuer kündigt an, dass der nächste Kompaktbericht auch die Auswirkungen auf die Zeitplanung darstellen wird.

Herr Reincke unterstreicht seinen persönlichen Wunsch nach einem schnellen Projektfortschritt. Hinsichtlich der vorgetragenen Erwartungen an die zeitlichen Abläufe bittet er jedoch zu berücksichtigen, dass es sich um ein sehr komplexes Großvorhaben handelt. Er verweist darauf, dass ein wünschenswerter schneller Projektfortschritt vor dem Hintergrund des deutschen Planungsrechts und der bestehenden Ressourcen trotz eines hochengagierten Teams so nicht umsetzbar erscheint.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Mundlos erklärt Herr Reincke, dass die Wendeschleife so geplant wird, dass die Anschlussmöglichkeit zur Weiterführung in Richtung Querum besteht. Da zwischen der Inbetriebnahme Volkmarode-Nord und dem Anschluss Querum aller Voraussicht nach ein größerer Zeitraum liegen wird, ist diese Mehr-Investition aus seiner Sicht ge-

rechtfertigt. Zur Querumer Straße kündigt er eine Gremienmitteilung zum Zwischenstand an.

Stadtbaudirektor Leuer verweist zur Frage von Ratsfrau Mundlos hinsichtlich der Zielkonflikte im Bereich Heidberg/Salzdahlumer Straße auf die hier neben dem Stadtbahnprojekt vorgesehenen Großprojekte Bahnstadt und Bahnhofsquartier. Die Projekte müssen im Zusammenhang betrachtet und sich ergebende Zielkonflikte in den einzelnen Projekten gelöst werden. Ziel der Verwaltung ist es, diese drei Projekte so zu gestalten, dass insgesamt die beste Lösung für Braunschweig erreicht wird.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Sachstandsbericht Radschnellwege / Status Regionales Radverkehrsnetz

Herr Bier stellt den aktuellen Stand der Planung der Radschnellverbindungen in der Region Braunschweig anhand einer Powerpoint-Präsentation dar.

Ratsfrau Kluth bedauert vor dem Hintergrund der Mobilitätswende und der Klimaneutralität der Städte, dass noch viele Jahre bis zur Befahrbarkeit der Strecken vergehen werden. Sie erinnert an eine gemeinsame Veröffentlichung der Oberbürgermeister von Braunschweig und Wolfsburg, die vor einigen Jahren eine Befahrbarkeit der Strecke Braunschweig – Wolfsburg für das Jahr 2022 ankündigten. Dies ist zwar grundsätzlich möglich, nicht jedoch auf einem Radschnellweg.

Herr Bier ergänzt, dass der Fördermittelgeber eine neue Potentialanalyse Radfahrende für den Förderantrag verlangt hat, die streng nach den Vorgaben des 2019 erschienenen Leitfadens Radschnellwege der Bundesanstalt für Straßenwesen erarbeitet ist. Dazu wird ein Verkehrsmodell-Rad benötigt, das mittels Radverkehrszählungen im betreffenden Korridor erstellt wurde. Das Verkehrsmodell wird im weiteren Planungsverlauf eingesetzt, um mögliche Varianten zu vergleichen und so die bestmögliche Entscheidung treffen zu können. Der hierfür erforderliche Mehraufwand ist aus seiner Sicht sinnvoll.

Unter Verweis auf die Radschnellverbindung Darmstadt – Frankfurt informiert Herr Bier, dass dort nicht die gesamte Strecke, sondern Teilabschnitte gebaut werden, wodurch in Abstimmung mit den betroffenen Kommunen/Landkreisen möglicherweise Planfeststellungsverfahren entbehrlich werden. Dieses Vorgehen erfordert mehrere Antragsverfahren bei mehreren Gebietskörperschaften und unterschiedliche Förderanträge bei den beiden Fördermittelgebern Bund und Land. Insgesamt ist dies aber eine Option und könnte zu einer Fertigstellung einzelner sinnvoller Abschnitte weit vor dem Jahr 2030 gerade dort führen, wo hohe Potenziale generiert werden und schnell sichtbare Ergebnisse ermöglichen.

Nach seiner Auffassung werden nur die allerwenigsten die Radschnellverbindung beispielsweise vom Wohnort Braunschweig zum Arbeitsplatz in Wolfsburg nutzen. Die höchsten Potenziale für Radschnellwege bestehen in den Innenstädten und bieten dort der Bevölkerung im Binnenverkehr eine sehr gute, hochqualitative Infrastruktur. Im Gegensatz dazu nimmt das Potenzial im Bereich von Lehre hingegen deutlich ab.

Ratsfrau Arning nimmt Bezug auf die Aussage, wonach auch künftig ein größerer Personenkreis nicht mit dem Fahrrad von Braunschweig nach Wolfsburg fahren wird. Sie ist der Ansicht, dass dies sehr wohl der Fall sein wird, wenn die Möglichkeiten vorhanden sind und ein entsprechend guter Weg zur Verfügung steht. Sie bittet um Auskunft zur (Zeit-)Planung der anderen Strecken wie z. B. nach Gifhorn.

Herr Bier bestreitet nicht, dass Personen mit dem Fahrrad von Braunschweig nach Wolfsburg (24 km) fahren. Er schränkt jedoch ein, dass der tatsächliche Radius der Radfahrenden nach empirischen Untersuchungen im Bereich von 4 bis 5 km liegt. Mit Pedelecs hat sich der Radius zwar deutlich erweitert, aber ab etwa 6 bis 8 km nimmt der Anteil Radfahrender deutlich ab.

Hinsichtlich der Frage weiterer Radschnellwege erklärt er, dass die Verbindung Braunschweig – Vechelde im Jahr 2011 als Strecke mit hohem Potenzial identifiziert wurde. Das Land Niedersachsen hat das errechnete Potential jedoch kritisch hinterfragt. Die Planung wurde daraufhin hinter die beiden laufenden Projekte Radschnellverbindungen zurückgestellt. Herr Bier kündigt an, dass das Ergebnis mit dem kalibrierten Verkehrsmodell-Rad nochmals überprüft werden soll.

Zur Frage nach einer Radschnellverbindung Gifhorn – Wolfsburg: Es soll im Förderantrag die Anbindung des neuen Automobilwerks Elektroauto an die Radschnellverbindung Braunschweig-Lehre-Wolfsburg aufgenommen werden; auf Wunsch der Stadt Wolfsburg und des Fördermittelgebers. Über den Standort des Werks wird im März 2022 endgültig entschieden. Inwieweit sich ein Gewerbestandort neues Volkswagenwerk auf eine mögliche Entwicklung einer Radschnellverbindung Gifhorn – Wolfsburg auswirkt, vermag Herr Bier noch nicht zu beantworten.

Protokollnotiz: Die Radschnellverbindung Braunschweig – Gifhorn steht im Bewertungsraster der potenziellen Radschnellverbindungskorridore auf Platz 5 mit einer Punktebewertung von +1,5. Die beiden zum Bau vorgesehenen Verbindungen Braunschweig – Wolfenbüttel und Braunschweig – Salzgitter haben in der Gesamtbewertung +4 Punkte. Auch die Verbindung – Braunschweig – Vechelde und Braunschweig – Schwülper sind mit +2 Bewertungspunkten besser bewertet. Die Priorität der Planung richtet sich nach der Bewertung und dem erschlossenen Potenzial an Radfahrenden: BS_Lehre_WOB.

Bürgermitglied Schroth äußert die dringende Bitte, dass die Mobilitätsverbände kontinuierlich in die Planungen eingebunden und auch die Öffentlichkeit zum Sachstand der Überlegung zur Umsetzung der Radschnellwege informiert werden.

Herr Bier erklärt, dass die Öffentlichkeitsarbeit ebenso bedeutend ist wie die inhaltlich-planerische Arbeit. Eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit sagt er zu.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Tokhi zur Ermittlung des Jahresdurchschnittswerts, der sich durch unterschiedliche Nutzungsintensität des Fahrrads im Sommer und Winter ergibt, erläutert Herr Bier die Berechnung anhand eines Beispiels. Hinsichtlich der Verlagerung von alternativen Strecken auf den Radschnellweg und tatsächlich neu generierter Radfahrende, die das Verkehrsmittel gewechselt haben, schätzt Herr Bier im Bereich von 40 bis 60 Prozent ein. Bedeutend für die Akzeptanz des Radschnellwegs ist zudem die Verfügbarkeit von Zubringer-Wegen.

Protokollnotiz: Die Radschnellverbindung Braunschweig – Lehre - Wolfsburg generiert gemäß der Potenzialanalyse-neu 8.100 zusätzliche Radfahrten, die die Radschnellverbindung in unterschiedlich langen Teilabschnitten befahren. Gegenüber dem Analysefall Ohne Radschnellverbindung.

Ratsherr Kühn bedauert den großen Umfang der Planungszeiträume. Er greift den Hinweis zum Bau von Teilabschnitten auf und fragt, ob dies auch vom RGB beabsichtigt ist. Aus seiner Sicht ist von Interesse, die Braunschweiger und Wolfsburger Abschnitte vom Gesamtprojekt zu entkoppeln und vorzuziehen.

Herr Bier verweist, dass es sich hierbei um eine relativ neue Idee handelt. Ob diese auch in der Region Braunschweig umsetzbar ist, ist noch unklar. Fakt ist, dass entsprechend dem Förderbescheid die gesamte Strecke des Radschnellwegs gebaut werden muss.

Frau Witte stellt den aktuellen Status des Regionalen Radverkehrsnetzes anhand einer Powerpoint-Präsentation dar.

Die Sachstandsberichte werden zur Kenntnis genommen.

Protokollnotiz: Die in der Sitzung gezeigten Präsentationen wurden im Nachgang der Sitzung in die Sitzungsunterlagen eingebunden.

Protokollnotiz: Ausschuss-Vorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht die Sitzung von 16.34 bis 16.40 Uhr für eine Sitzungspause.

3.3. Mobilitätsentwicklungsplan - Sachstandsbericht 2022

22-17865

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung der Verwaltung.

Im Hinblick auf die auszuarbeitenden und zu analysierenden Szenarien stellt er heraus, dass es bei der Entwicklung weiterer Szenarien nicht zwingend darum gehen kann, eine wünschenswerte Richtung konkret in verschiedenen Szenarien abzubilden, sondern eine Bandbreite zu haben. Gute Informationen über die Wirkung von Maßnahmen sind nur zu erhalten, wenn unterschiedliche Szenarien abgebildet werden. Zu einem späteren Zeitpunkt soll aus den Szenarien ein Zielszenario herausgebildet werden, wenn die Wirkung der einzelnen Szenarien bekannt ist.

Ratsherr Dr. Plinke regt ergänzend Folgendes für den MEP-Prozess an:

1. In den Szenarien auch den Hintergrund weiter steigender Kosten für Treibstoff berücksichtigen.
2. Als Zielmarke für 2030 einen niedrigeren Kfz-Bestand als 2022 nicht aus den Augen verlieren.
3. Andere Mobilitätsprojekte (Stadtbahnausbau, Veloroutennetz) parallel und unabhängig vom MEP-Prozess weiterführen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.4. Knotenpunkt Dibbesdorfer Straße - Bevenroder Straße

22-18146

Ratsherr Dr. Plinke begrüßt die Absicht der Verwaltung, eine Lichtsignalanlage (LSA) zu errichten. Die von einem Planungsbüro für die Bevenroder Straße bereits entwickelten Vorschläge sollten berücksichtigt werden.

Aus Sicht von Stadtbaurat Leuer ist diese Kreuzung bei der Integration des Baugebiets Dibbesdorfer Straße-Süd in den Verkehr auf der Bevenroder Straße bedeutsam, weil sie neben der Frage der Leistungsfähigkeit auch den Aspekt der Sicherheit berücksichtigt. Eine Kompatibilität der Maßnahme mit weiteren Maßnahmen ist bei der Ausgestaltung zu bedenken.

Ratsfrau Arning fragt, ob die Ergebnisse der Planung des Radschnellwegs und der Stadtbahntrasse nicht abgewartet werden können, bevor die LSA errichtet wird und wie eine nachträgliche Berücksichtigung kostenoptimiert erfolgen kann.

Stadtbaurat Leuer verweist in seiner Antwort auf die divergierende Zeitschiene. Die Verwaltung beabsichtigt, die LSA kurzfristig umzusetzen, da trotz der von den Regelungen im städtebaulichen Vertrag abweichend hergestellten Wohneinheiten eine für alle Beteiligten verträgliche Verkehrssituation geschaffen werden soll. Die Realisierung der Projekte Stadtbahn und Radschnellweg wird hingegen noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Dies soll nicht abgewartet, jedoch bei den aktuellen Planungen für die Zukunft hinreichend berücksichtigt werden.

Ratsfrau Lerche trägt ihre Kritik an der abweichend vom städtebaulichen Vertrag errichteten Anzahl an Wohneinheiten vor. Sie erwartet von der Verwaltung eine künftig aufmerksamere Kontrolle der Bauvorhaben. Die Errichtung einer LSA zur optimalen Abwicklung der Verkehre wird von ihr begrüßt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.5. Ideenportal - Peiner Straße in Völkenrode sicher überqueren

22-17951

Bürgermitglied Dr. Schröter verweist auf die wiederholte Beratung dieser Thematik im Stadtbezirksrats 321 Lehndorf-Watenbüttel und erinnert an die Forderung des Stadtbezirksrats gegenüber der Verwaltung, ein Gesamtkonzept für die Straße zu erstellen.

Stadtbaudirektor Leuer zeigt Verständnis für die Forderung des Stadtbezirksrats, verweist jedoch seinerseits auf die im Vergleich zu zahlreichen anderen Projekten geringere Priorität.

Ratsherr Kühn bittet um Auskunft, welche Kosten durch eine Geschwindigkeitsmesstafel mit der Möglichkeit der Datenaufzeichnung entstehen.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert, dass Geschwindigkeitsmesstafeln, deren Montage für einen längeren Zeitraum vorgesehen sind, die gefahrenen Geschwindigkeiten mit dem Ziel der Geschwindigkeitsdämpfung anzeigen. Zur Ermittlung der Fahrgeschwindigkeiten schlägt er eine verdeckte Messung vor. Die Ergebnisse werden den Gremien vorgestellt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.6. Ideenportal - Stadtweit Drängelgitter passierbar machen oder beseitigen

22-18130

Frau Schroth bittet die Verwaltung, im Austausch mit der Deutschen Bahn alternative Lösungsmöglichkeiten zu erörtern.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt zunächst, dass die Verwaltung bestehende Drängelgitter im Stadtgebiet überprüft. Ein konkreter Entscheidungsvorschlag kann hier allerdings nicht unterbreitet werden, da die einzelnen Situationen zu unterschiedlich sind, um eine einheitliche Lösung anzubieten. Grundsätzlich ist auch zu unterscheiden zwischen Anlagen, die der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung unterliegen, und den weiteren Anlagen im Stadtgebiet.

Er verweist auf den bestehenden Interessenkonflikt zwischen Radfahrenden, die möglichst komfortabel Gleisanlagen queren wollen, einerseits, und der Deutschen Bahn andererseits, die zur Gewährleistung der Sicherheit am Bahnübergang eine größtmögliche Reduzierung der Geschwindigkeit querender Personen erreichen möchte. Für diese Haltung des Betreibenden einer Bahnanlage wirbt er um Verständnis. Er sagt allerdings zu, das Anliegen im Austausch mit der Deutschen Bahn nochmals vortragen zu lassen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.7. Ersatz für den Bahnübergang Grünwaldstraße

22-17879

3.7.1. Ersatz für den Bahnübergang Grünwaldstraße

22-17879-01

Die Mitteilungen DS 22-17879 und DS 22-17879 werden gemeinsam mit den Beschlussvorlagen DS 21-17455 und DS 21-17455-03, der Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten (DS 21-17455-02) sowie dem Änderungsantrag DS 22-18291 beraten.

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu TOP 4.1.1 (DS 21-17455-03)

Ergebnis:

Die Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen.

3.8. Mündliche Mitteilungen

3.8.1

Stadtbaudirektor Leuer erinnert an einen Hinweis von Ratsfrau Kluth in der Sitzung vom 25. Januar 2022 auf eine aufgrund von Glätte auf dem Fuß-/Radweg der Brücke in Rüningen schwer gestürzte Person. Er führt dazu aus, dass für den kombinierten Geh- und Radweg auf der Brücke zwischen Rüningen und Stöckheim zurzeit kein Winterdienst vorgesehen ist. Die Brücke liegt außerhalb der geschlossenen Ortslage, sodass grundsätzlich keine rechtli-

che Verpflichtung zur Durchführung eines Winterdienstes vorliegt. Die Verwaltung wird prüfen, ob die Brücke im Rahmen der Erweiterung des Konzeptes für den Radwegwinterdienst mit aufgenommen werden kann.

Die Oberfläche des Geh- und Radweges auf der Brücke wurde geprüft und entspricht den Anforderungen an eine rutschfeste und wasserableitende Fläche. Sie kann daher nicht Ursache des gemeldeten Unfalls sein. Auch die Oberfläche des Gehweges („Radfahrer frei“) der Okerbrücke Leiferde und der Kulkegrabenbrücke werden nach gültigen Richtlinien rutschsicher hergestellt.

3.8.2

Stadtbaudirektor Leuer berichtet aus der 2. Sitzung des Netzbeirats der Braunschweiger Netz GmbH. Es wurden u.a. die Vorstellung des Wirtschaftsplans und Investitionsplans 2022 sowie die NetzinTEGRATION für Ladeinfrastruktur thematisiert.

4. Planung einer Fuß- und Radwegunterführung als Ersatz für den Bahnübergang Grünwaldstraße	21-17455
4.1. Planung einer Fuß- und Radwegunterführung als Ersatz für den Bahnübergang Grünwaldstraße	21-17455-02
4.1.1. Planung einer Fuß- und Radwegunterführung als Ersatz für den Bahnübergang Grünwaldstraße	21-17455-03
4.1.2. Änderungsantrag zu 21-17455-03 Planung einer Fuß- und Radwegunterführung als Ersatz für den Bahnübergang Grünwaldstraße	22-18291

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth weist auf die gemeinsame Beratung der Mitteilungen 22-17879 und 22-17879-01 der Beschlussvorlagen 21-17455 und 21-17455-03, der Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten 21-17455-02 sowie des Änderungsantrags 22-18291 hin. Zunächst bringt Ratsfrau Arning den Änderungsantrag 22-18291 ein und begründet diesen.

Ratsherr Dr. Plinke erklärt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN, den Änderungsantrag abzulehnen, da die verschiedenen Varianten mit mehr oder weniger Eingriff in den Baumbestand nach seinem Verständnis bereits in dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag enthalten sind. Darüber hinaus erscheint für ihn die Variante, nur mit Signaltechnik die Problematik zu lösen, nicht zielführend, da die Bahn AG bereits bei der Informationsveranstaltung am 22. Februar 2022 hinreichend verdeutlicht hat, dass die Schließzeiten technisch nicht weiter minimiert werden können. Aufgrund der erwarteten Zunahme des Bahnverkehrs ist sogar mit einer Steigerung zu rechnen. Er spricht sich dafür aus, die in den Stadtbezirksräten 112 und 120 abgestimmten Vorschläge der Ergänzungsvorlage zu beschließen.

Ratsherr Kühn schließt sich den Ausführungen von Ratsherr Dr. Plinke an und erklärt für die SPD-Fraktion, den Änderungsantrag abzulehnen.

Im Anschluss an die Aussprache lässt Ausschuss-Vorsitzende Ratsfrau Kluth zunächst über den Änderungsantrag und daran anschließend über die Vorlage abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 22-18291

- 1) Der Satz "Eine möglichst geradlinig verlaufende Führung der neuen Wegeachse." wird aus Vorlage 21-17455-03 gestrichen.
- 2) Der Satz: "Eine Null-Lösung (=Schranken mit neuer Technik) wird mit untersucht" wird in Vorlage 21-17455-03 eingefügt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 0 dagegen: 11 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Vorlage 21-17455-03

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung eines Querungsbauwerks für Fuß- und Radverkehr als Ersatz für den Bahnübergang Grünwaldstraße gemeinsam mit der Deutschen

Bahn AG (DB) und dem Regionalverband Großraum Braunschweig unter Berücksichtigung der nachfolgend genannten Planungsparameter weiter voranzutreiben. Dabei sind verschiedene Varianten zu entwickeln und zu bewerten, die den Stadtbezirksräten zur Anhörung sowie dem AMTA zur Beschlussfassung vorgestellt und erläutert werden.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Vorlage 21-17455

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung einer Fuß- und Radwegunterführung als Ersatz für den Bahnübergang Grünwaldstraße gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG (DB) und dem Regionalverband Großraum Braunschweig weiter voranzutreiben.“

Ergebnis:

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 21-17455-03.

Ergebnis zu Stellungnahme 21-17455-02

Die Stellungnahme 21-17455-02 wird zur Kenntnis genommen.

5. Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle "Eichhahnweg" in Fahrtrichtung stadteinwärts 20-14014

Ratsherr Kühn bittet um Auskunft, ob eine Dachbegrünung des Wetterschutzes an der Haltestelle vorgesehen ist.

Stadtbaudirektor Leuer sagt eine Klärung zu.

Protokollnotiz: Für die Aufstellung eines Wetterschutzes mit begrüntem Dach sind aus statischen Gründen breite Seitenteile erforderlich. An dem Bussteig Eichhahnweg stadteinwärts ist wegen der begrenzten Platzverhältnisse ein Wetterschutz mit schmalen Seitenteilen vorgesehen. Dort ist ein begrüntes Dach nicht möglich.

Beschluss:

„Die Haltestelle „Eichhahnweg“ wird in Fahrtrichtung stadteinwärts provisorisch und barrierefrei ausgebaut.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6. Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Schlehenhang 22-17876

Beschluss:

„Der Planung und dem barrierefreien Umbau der Bushaltestelle „Schlehenhang“ an der Straße Sielkamp wird gemäß Anlage zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Barrierefreier Umbau der Bushaltestellen Dammstraße 22-17878

Ratsherr Kühn bittet um Auskunft, ob eine Dachbegrünung des Wetterschutzes an der Haltestelle vorgesehen ist.

Stadtbaudirektor Leuer sagt eine Klärung zu.

Protokollnotiz: Für die Aufstellung eines Wetterschutzes mit begrüntem Dach sind aus statischen Gründen breite Seitenteile erforderlich. An dem Bussteig Dammstraße stadteinwärts ist wegen der begrenzten Platzverhältnisse ein Wetterschutz mit schmalen Seitenteilen vor-

gesehen. Dort ist ein begrüntes Dach nicht möglich.

Beschluss:

„Der Planung und dem barrierefreien Umbau der beiden Haltestellen „Dammstraße“ in Hondelage wird gemäß Anlage zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Planung und Bau des Luftschifferwegs zwischen Nordstraße und Ringgleis 21-16756

Auf Nachfrage von Ratsfrau Mundlos zur Finanzierung der Gesamtkosten zu 90 Prozent über Erschließungsbeiträge und der Anzahl künftig entfallender Parkplätze weist Stadtbaurat Leuer zunächst darauf hin, dass alle an dieser Straße Anliegenden entsprechend der Regelungen in der Erschließungsbeitragssatzung an den Kosten beteiligt werden. Hinsichtlich der künftigen Parkplatzsituation sollten im nördlichen Bereich des Luftschifferwegs keine Parkplätze entfallen. Für den südlichen Bereich schätzt er die Situation aufgrund der Größe der dortigen Grundstücke so ein, dass ausreichend Parkflächen auf den Grundstücken zur Verfügung stehen.

Bürgermitglied Schroth nimmt Bezug auf den geplanten Spielplatz und fragt, wie ordnungswidriges Parken dort unterbunden werden kann. Darüber hinaus bittet Sie in der weiteren Planung um besondere Berücksichtigung der Belange seh- und mobilitätseingeschränkter Personen, da in dem von der Verwaltung vorgelegten Straßenausbauplan der Gehweg auf der Westseite unmittelbar vor einer Grünfläche endet.

Stadtbaurat Leuer bittet um Verständnis, dass sich ordnungswidriges Parken nie gänzlich ausschließen lässt. Im Sinne des Radverkehrs sollte die Planung in der vorgestellten Form umgesetzt werden. Das Verkehrsaufkommen in diesem Bereich wird für die vorgesehene Nutzung als sehr gering eingeschätzt; Durchgangsverkehr kann hier ausgeschlossen werden. Den zur Gehwegplanung vorgetragenen Bedenken stimmt er zu. Da es Ziel der Verwaltung ist, die Straße inklusiv zu gestalten, wird er die Tiefbauverwaltung bitten, in der Ausführungsplanung auf diesen Aspekt ein besonderes Augenmerk zu legen.

Ratsherr Dr. Plinke unterstreicht die Bedeutung der Berücksichtigung von Belangen sehbeinträchtigter Menschen. Er erklärt für seine Fraktion Zustimmung zur Vorlage.

In der Ausführungsplanung sollen allerdings folgende Punkte von der Verwaltung berücksichtigt werden:

1. nach Möglichkeit eine durchgängige Widmung der Verkehrsflächen statt abschnittsweise wechselnde Beschilderung
2. Berücksichtigung der Belange sehbeinträchtigter Menschen
3. Vermeidung von regelwidrigem Parken insbesondere in der Nähe des Spielplatzes

Zum Hinweis unter Ziffer 1 schränkt Herr Benscheidt ein, dass sich dies aufgrund der verfügbaren Flächen nicht umsetzen lässt, sodass eine Trennung in die Abschnitte Fahrradsstraße und Geh-/Radweg unvermeidbar ist.

Herr Demirbas zeigt sich mit der vorgelegten Planung unzufrieden. Er äußert seine Erwartung, dass hierzu zeitnah ein Gespräch zwischen Verwaltung und Behindertenbeirat anberaumt wird.

Herr Benscheidt sagte eine Kontaktaufnahme zu.

Beschluss:

„Der Planung und dem Ausbau des Luftschifferweges zwischen der Nordstraße und dem Ringgleis entsprechend der Anlage wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Okerbrücke Hüttenwerke Schrotweg, 22-17899
Ausbau des Geh- und Radweges zwischen der Leipziger Straße
und dem Schrotweg und Neubau der Brücke

Ratsfrau Kluth dankt der Verwaltung ausdrücklich für den Prozess mit einer umfangreichen Beteiligung der Bürger*innen und der Verbände. Als weiteres gutes Beispiel für eine Bürger*innenbeteiligung führt sie das Projekt Bahnstadt an. Sie hofft, dass auch künftig bei anderen Projekten eine Beteiligung in dieser Form erfolgt.

Beschluss:

„Für den Neubau der Brücke über die Oker (Okerbrücke Hüttenwerke Schrotweg) und den Ausbau des Geh- und Radweges zwischen der Leipziger Straße und dem Schrotweg werden die folgenden Eckpunkte für die weitere Planung beschlossen:

- Die Brücke wird in annähernd gleicher Lage wie die vorhandene Brücke gebaut.
- Die neue Brücke erhält eine nutzbare Breite von 4,00 m.
- Planerisch wird die Ergänzung eines parallel geführten Gehwegs optional mit berücksichtigt.
- Die Gründung und die Fundamente für einen optional später zu ergänzenden zusätzlichen zweiten Brückenüberbau für eine separate Gehwegführung, werden vorsorglich mit realisiert.
- Der Weg und die Brücke werden, möglichst insektenfreundlich, beleuchtet.
- Die Brücke wird gegen Befahren mit Kfz geschützt. Dies erfolgt unter Beachtung der Belange des Radverkehrs.
- Der Geh- und Radweg wird asphaltiert.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Ideenportal - Fahrrad- und Fußweg Wiesental 21-17456

Ratsfrau Mundlos verweist zur Vorlage auf die Bitte des Stadtbezirksrats 321 Lehndorf-Watenbüttel, die Verwaltung möge zwei alternative Lösungen (Sperrung der Straße Wiesental für den Kfz-Verkehr und Einrichtung eines Zweirichtungsradwegs auf einem (ehemaligen) Kfz-Fahrstreifen) untersuchen.

Darüber hinaus gibt sie nach vorheriger Abstimmung mit Bezirksbürgermeister Degering-Hielscher folgendes zu Protokoll: Die Straße Wiesental ist entgegen der Angabe im Protokoll nicht seit Oktober, sondern seit Ende der dritten Septemberwoche geschlossen.

Seit Beginn der Maßnahmen ist der Umsatz aller anliegenden Betriebe stark rückläufig, so dass in der Konsequenz bereits Personal reduziert werden musste. Sie bittet deshalb eindringlich darum, von der Umsetzung des Vorschlags zur Sperrung der Straße Wiesental für den Kfz-Verkehr abzusehen.

Ratsherr Dr. Plinke schlägt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN folgende Änderung des Beschlusstextes vor. „Es wird geprüft, ob und welcher Bedarf für eine Fuß- und Radwegeverbindung zwischen den Ortsteilen Veltenhof und Watenbüttel bzw. Ölper besteht und ob die bestehende Fahrbahn ganz oder teilweise dafür genutzt werden kann.“

Aus Sicht von Ratsherr Kühn wäre der Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) in der Lage, das Erfordernis einer Pkw-Verbindung in Frage zu stellen. Bereits im Vorgriff darauf die Strecke auf einen Bedarf als Fuß- und Radwegeverbindung zu überprüfen, erachtet er als nicht zielführend. Er spricht sich dafür aus, den Beschlusstext in der Fassung der Verwaltungsvorlage zu beschließen.

Ratsfrau Kluth verweist auf die durch die Auenlandschaft bestehenden besonderen Rah-

menbedingungen, die den Neubau eines kompletten Geh- und Radweges unter ökologischen Gesichtspunkten erschweren. Die Kfz-Zahlen sind aus ihrer Sicht jedoch nicht so hoch, sodass eine Einschränkung der Fahrbahn insoweit möglich ist, dass Fuß- und Radverkehr dort gesichert auf einem baulich abgetrennten Teil der Fahrbahn geführt werden kann.

Stadtbaudirektor Leuer plädiert dafür, die Verkehrsbedeutung eines separaten Fahrrad- und Fußweges entlang der Straße Wiesental im Rahmen des MEP zu bewerten. Eine Entscheidung erfordert eine Modellbetrachtung um die Auswirkung auf andere Bereiche zu ermitteln.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Hahn erklärt Stadtbaudirektor Leuer, dass es beim Radverkehr sehr wahrscheinlich einen Bedarf geben wird. Beim Fußgängerverkehr schätzt den Bedarf als geringer ein.

Ratsfrau Mundlos bittet, bei der Prüfung auch die Zukunft der Nahversorgung vor Ort und anliegender Unternehmer zu berücksichtigen, da eine Sperrung der Straße für den Kfz-Verkehr Auswirkungen auf diesen Kreis hat.

Ratsherr Kühn regt als Kompromiss an, den Beschlusstext der Verwaltungsvorlage um den Zusatz „und geprüft wird, inwieweit für diesen Radweg/Fußweg die Nutzung der vorhandenen Fahrbahn sinnvoll ist“ zu ergänzen, um den von Ratsherr Dr. Plinke vorgetragenen Änderungswunsch aufzugreifen.

Bürgermitglied Dr. Schröter ergänzt aus der Sitzung des Stadtbezirksrats 321, dass es nicht nur um die möglicherweise vollständige Sperrung der Straße geht, sondern bei einer teilweisen Nutzung eine Fahrspur für Kfz-Verkehr zu erhalten. Über eine Lichtsignalanlage könnte ähnlich wie bei Baustellen der Verkehr in beide Richtungen abgewickelt werden und die Erreichbarkeit durch den Kraftfahrzeugverkehr erhalten bleiben.

Stadtbaudirektor Leuer verweist hierzu auf eine lange Schleusungsstrecke, die zu langen Räumzeiten führt. Dadurch ist eine fehlende Akzeptanz der Regelung zu befürchten und somit sehr wahrscheinlich nicht umsetzbar. Ob eine tageszeitabhängige Regelung wie bei Fahrspuren auf größeren Trassen auf diese Situation übertragbar ist, bleibt dahingestellt.

Ratsfrau Lerche weist auf die durch die Sperrung der Straße Wiesental massiven Umwege für Beschäftigte von PTB und VTI hin. Sie appelliert, die Verbindung zwischen Veltenhof und Watenbüttel für Kraftfahrzeuge zu erhalten.

Zur Nachfrage von Ratsherr Disterheft erklärt Stadtbaudirektor Leuer, dass eine Stellungnahme von Feuerwehr und Rettungsdienst noch nicht angefordert wurde, da zurzeit nur ein Prüfauftrag besteht, ob ein Radweg erforderlich ist. Selbstverständlich werden Feuerwehr und Rettungsdienst bei den weiteren Überlegungen berücksichtigt.

Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage in der Fassung des geänderten Beschlusstextes abstimmen.

Beschluss (geändert):

„Im Rahmen der Planung des Braunschweiger Radverkehrsnetzes als Bestandteil des Mobilitätsentwicklungsplans wird geprüft, ob und welcher Bedarf für eine Fuß- und Radwegverbindung zwischen den Ortsteilen Veltenhof und Watenbüttel/Ölper besteht **sowie die Mitbenutzung der Fahrbahn durch den Rad- und Fußverkehr und die wirtschaftlichen Auswirkungen auf das Umfeld.**“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

11. Ideenplattform "E-Ladesäulen für das alte Hochschulviertel"

22-17852

Auf Nachfrage von Ratsfrau Arning erklärt Stadtbaudirektor Leuer, dass eine Bedarfsermittlung erfolgt ist und auf dieser Grundlage aktuell eine Konzessionsvergabe durchgeführt wird. Eine

Entscheidung hierüber ist für Juni 2022 vorgesehen. Im Anschluss an die Vergabe wird die Verwaltung mit dem Konzessionär Standorte auch für das Hochschulviertel abstimmen.

Beschluss:

„Das Hochschulviertel wird als potentieller Standort für Ladeinfrastruktur im Zuge des laufenden Konzessionsvergabeverfahrens berücksichtigt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

12. Anfragen

12.1. Abhilfe gegen Fremdparken auf Carsharing-Stellplätzen 22-18182
12.1.1. Abhilfe gegen Fremdparken auf Carsharing-Stellplätzen 22-18182-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-18182-01 wird im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

12.2. Sondernutzung für Gastronomiebetriebe in 2022 22-18131
12.2.1. Sondernutzung für Gastronomiebetriebe in 2022 22-18131-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-18131-01 wird im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

12.3. Aktive Promotion in der Innenstadt 22-17787
12.3.1. Aktive Promotion in der Innenstadt 22-17787-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-17787-01 wird im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

12.4. Carsharing-Plätze als Ersatz für auszuweisenden Parkraum 22-18183
12.4.1. Carsharing-Plätze als Ersatz für auszuweisenden Parkraum 22-18183-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-18183-01 wird im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

12.5. Radwege Zielnetz 2030 22-18184
12.5.1. Radwege Zielnetz 2030 22-18184-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-18184-01 wird im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

12.6. Unsachgemäßes Parken von E-Scootern im Stadtgebiet 22-18243
12.6.1. Unsachgemäßes Parken von E-Scootern im Stadtgebiet 22-18243-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-18243-01 wird im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

12.7. Mündliche Anfragen

12.7.1

Herr Demirbas hatte der Verwaltung im Vorfeld der Sitzung nachstehende mündliche Anfrage angekündigt:

„[...] im vergangenen Jahr wurde beschlossen, dass Abstellflächen für E-Scooter am Hauptbahnhof pilotiert werden. Dennoch werden Scooter rund um die Flächen abgestellt, sodass

die Scooter trotzdem im Weg stehen und eine Unfallgefahr für seingeschränkte Menschen und im Grunde auch für jeden unaufmerksamen Menschen bedeuten. Für jede/n Bürgerin und Bürger bei Dunkelheit und schlechtem Wetter.

Seit der Verleih der Fahrzeuge in Deutschland erlaubt ist, haben sich zahlreiche Unfälle mit Sehbehinderten und Blinden ereignet. Zuletzt am 16. Februar 2022 in Braunschweig auf dem John-F.-Kennedy-Platz (Bericht vom 20.02.2022 in der BZ). Ich selbst kollidiere täglich mit Scootern auf meinen Wegen im östlichen Ringgebiet und in der Innenstadt.

In Münster wurde durch das Verwaltungsgericht entschieden, dass die Stadt Vorkehrungen treffen muss, dass Scooter keine Unfallgefahr darstellen. Mehr Kontrollen und ggf. Entzug der Sondernutzungserlaubnis, sofern eine erteilt wurde

Meine Frage:

1. Werden auf den pilotierten Stellflächen Scooter sämtlicher Anbieter abgestellt?
2. Wie wird technisch umgesetzt, dass Scooter nur an den vorgesehenen Flächen abgestellt werden können?
3. Wie lange soll die Pilotierung durchgeführt werden bis weitere Abstellflächen eingerichtet werden?"

Die Beantwortung erfolgt in Abstimmung mit Herrn Demirbas im Nachgang der Sitzung.

Protokollnotiz:

„Ihren Fragen vorangestellt möchte ich bezüglich des Urteiles des Verwaltungsgerichtes Münster auf die Stellungnahme der Verwaltung DS 22-18243-01 „Unsachgemäßes Parken von E-Scootern im Stadtgebiet“ hinweisen und wie folgt ergänzen:

Nach dem von Ihnen genannten Beschluss des Verwaltungsgerichtes Münster ist es in Nordrhein-Westfalen möglich, die E-Scooter unter den Bedingungen der Sondernutzung zu kontrollieren. Dieses Urteil gilt für das Bundesland Nordrhein-Westfalen mit dem nordrhein-westfälischen Straßenrecht. In Niedersachsen ist das Abstellen von Fahrzeugen in Sharing-Systemen mit E-Scootern dem Gemeingebräuch zugeordnet. Dies schränkt die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen hier ein und erlaubt es, dass nach §11(5) Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung E-Scooter beispielsweise zum Abstellen auch den Gehweg nutzen dürfen. Selbstverständlich darf der E-Scooter beim Abstellen dabei keine Gefährdung darstellen. Aus diesem Grund leitet die Stadtverwaltung Ordnungswidrigkeitsverfahren ein, wenn durch rücksichtlos geparkte E-Scooter andere Verkehrsteilnehmende gefährdet oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt werden. So achten Parkraumüberwachende bei ihren Kontrollgängen auch auf E-Scooter. Bitte haben Sie aber Verständnis dafür, dass - so wie bei anderen Ordnungsverstößen im ruhenden Verkehr auch - keine flächendeckende Kontrolle stattfinden kann.

Zu 1.: Die Parkzonen für E-Scooter gelten unabhängig vom Anbieter als zusätzliches Angebot für ein koordiniertes Abstellen der E-Scooter. Die Anbieter Bolt und Tier haben die Parkzone gegenüber ihren Kunden etabliert. Der Anbieter Lime ist der Aufforderung nicht nachgekommen. Eine rechtliche Verpflichtung zur Nutzung der Parkzone ist nach derzeitiger Rechtslage nicht möglich.

Zu 2.: Um die Parkzonen herum wurden durch die teilnehmenden Anbieter Parkverbotsflächen ausgewiesen. Per Geofencing wird der Standort des Fahrzeugs ermittelt. Die Fahrt mit dem E-Scooter kann in Parkverbotszonen nicht beendet werden.

Zu 3.: Wie in der DS 22-18243 „Unsachgemäßes Parken von E-Scootern im Stadtgebiet“ dargelegt, sollen Gespräche im 1. Halbjahr 2022 stattfinden. Darauf aufzubauen werden Erweiterungen der Parkzone skizziert.“

12.7.2

Unter Verweis auf die für die Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau vorgesehenen Vorlagen zur Anmietung von städtischen Büroräumen an der Friedrich-Seele-Straße regt Ratsfrau Kluth dringend eine qualitative Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur an. Auch im Verlauf der Frankfurter Straße bestehe für den Radverkehr trotz bereits vorgenommener Verbesserungen noch Optimierungsbedarf, damit Beschäftigte der Stadtverwaltung

ihren Arbeitsplatz sicher erreichen können. Auch ein Ringgleisanschluss im genannten Bereich wurde von Ratsfrau Kluth angeregt.

Stadtbaurat Leuer kündigte eine Überprüfung der Situation an.

Protokollnotiz: Die Friedrich-Seele-Straße wurde geprüft. Sie ist in verkehrssicherem aber nicht besonders gutem Zustand. Konkret auftretende Gefahrenstellen werden regelmäßig beseitigt. Eine Fahrbahndeckensanierung ist für 2023 eingeplant. Ergänzend werden an der Bushaltestelle Arndtstraße (Einwohnermeldeamt) mobilen Wartehäuschen für die Busfahrgäste aufgestellt.

Im Hinblick auf die Anbindung des Grundstücks an den Freizeitweg „Ringgleis“ hat die Verwaltung Kontakt zu dem Vermieter der Liegenschaft aufgenommen. Dieser hat jedoch kein Interesse an einer öffentlichen Anbindung des Grundstücks. Es soll lediglich ein Zugang, über eine bereits vorhandene Zauntür, für die Nutzenden der Liegenschaft bleiben.

Protokollnotiz: Ausschuss-Vorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht die Sitzung von 17:56 bis 18:02 Uhr für eine Sitzungspause.

Die Ausschuss-Vorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 18:26 Uhr.

gez. Kluth

Kluth
- Vorsitz -

gez. Leuer

Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Ender

Ender
- Schriftführung -